



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Die tschechische Obstruktion

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Die tschechische Obstruktion



Das Ministerium Körber, das mit ebensoviel gutem Willen als zäher Geduld die schwierige Aufgabe übernommen hatte, das vom Grafen Badeni gestörte, vom Grafen Thun nur ganz zeitweilig hergestellte und auch unter seinem Nachfolger Grafen Clary noch immer bedrohte konstitutionelle Leben Österreichs wieder in das richtige Geleise zu bringen, ist mit Klugheit und Geschick an die Lösung der großen Lebensfrage Österreichs, einen Ausgleich zwischen Tschechen und Deutschen herangetreten. Nach Überwindung großer Schwierigkeiten, die man einem Ausländer schwer begreiflich machen kann, gelang es ihm zunächst, Vertreter der beiden das Königreich Böhmen bewohnenden Völker am grünen Tische zu außerparlamentarischer Beratung zusammenzubringen und wenigstens einige zwischen ihnen strittige Punkte, insbesondere die Sprache bei den autonomen Behörden, einem Einvernehmen ganz nahe zu bringen. Nun hatte aber die deutsche Volkspartei die Ausgleichskonferenz nur unter der Bedingung beschickt, daß der Reichstag bald wieder einberufen werden sollte. Mit der Erfüllung dieser Zusage vor dem vollständigen Abschluß eines Ausgleichs, der für die rein tschechischen Bezirke Böhmens die tschechische innere Amtssprache bringen sollte, waren nun die Tschechen höchlich unzufrieden und griffen alsbald zu der Waffe der Obstruktion. Nur mit großer Mühe wurden sie von ihren Verbündeten, den Polen und den Merikalen, dahin gebracht, wenigstens die Bewilligung einer der Krone am meisten am Herzen liegenden Staatsnotwendigkeit, die Bewilligung des Rekrutenkontingents, nicht zu hindern. Angesichts der Notwendigkeit, auch die Landtage zur Erledigung ihrer gesetzlichen Obliegenheiten einzuberufen, forderten die Tschechen die Fortsetzung der Ausgleichskonferenzen in Prag. Das wurde auf das bestimmteste von den Deutschen abgelehnt, die einestheils mit gutem Grunde das Ausgleichswerk nicht durch die Leidenschaften der Straße bedrohen lassen konnten, andernteils grundsätzlich die Beratung über eine das ganze Reich betreffende Angelegenheit nicht mit der Thätigkeit des böhmischen Landtags in Verbindung gebracht wissen wollten, da sie dessen Kompetenz in der Sprachenfrage bestritten. Daß in Prag ein für jeden Ausgleich ungünstiger Wind wehn würde, stand von vornherein fest.

Der Verlauf der böhmischen Landtagsession hat gezeigt, wie begründet die Befürchtungen wegen einer Beeinflussung der Friedensneigung der tschechischen Volksvertreter gewesen sind. Die radikale Partei wirft den Jungtschechen allzu große Nachgiebigkeit vor und sucht ihnen in der Bevölkerung in ganz ähnlicher Weise den Boden abzugraben, wie es vor einem Jahrzehnt bei den Wiener Punktationen den Altttschechen widerfahren war.

Jetzt rächt sich an den Herren Pacak, Herold, Raizl, Kramarsch und Genossen die maßlose Aufstachelung der nationalen Leidenschaften bei ihren Stammesgenossen. Schon der Eintritt in die Ausgleichskonferenzen ohne vorherige Sühne der Aufhebung der Badenischen Sprachenverordnungen, mit andern Worten ohne be-

dingungslose Gewährung der innern tschechischen Dienstsprache in den rein tschechischen Bezirken wird ihnen als halber Landesverrat vorgeworfen. Ja aus der eignen Mitte der Klubs, vom hütköpfigen Gregr, dem alten Rufer im Streit gegen die Alttschechen, sind in einer Wählerversammlung Anklagen erhoben worden und haben in weiten Kreisen des von einem wirklichen Größenwahn erfaßten Volkes Wiederhall gefunden. Da ist das bescheidne Maß von Mäßigung, jede Rücksicht auf das österreichische Staatsganze, jede staatsmännische Einsicht rasch in die Brüche gegangen.

Die selbstverständliche Bedingung jedes Ausgleichs, die Zurückstellung der weitgehendsten Ansprüche, wurde im böhmischen Landtag ohne besondre Veranlassung rasch über Bord geworfen. Der Abgeordnete Pacak brachte einen Antrag wegen der Durchführung des gleichen Rechts der tschechischen Sprache bei den Gerichten und Staatsbehörden ein, der notwendigerweise alle zwischen den beiden Völkern des Landes schwebenden Gegensätze zur Erörterung bringen mußte und somit der Herstellung des nationalen Friedens nicht dienlich sein konnte. Daß die Beilegung des Sprachenstreits nur auf Grund absoluter Gerechtigkeit erfolgen dürfe, wie eben die Tschechen sie verstehen, sind die Deutschen schon zu hören gewöhnt, und auf diesem Boden war ja auch eine Erörterung möglich, die nicht mit den Ausgleichskonferenzen im Widerspruch stand. Aber der Antragsteller bezeugte sofort auch die staatsrechtliche Frage als Hauptstück eines Ausgleichs, obwohl er ganz gut weiß, daß die Deutschen nie und nimmer ein böhmisches Staatsrecht neben der Verfassung oder vielmehr zu deren Umsturz anerkennen werden. Die Bezeichnung der Aufhebung der Sprachenverordnungen als eines „Verbrechens“ und als einer „Unterwerfung vor der gewaltthätigen und landesverräterischen Obstruktion der Deutschen“ war nur die Einleitung zu der Erklärung, daß die Ausgleichskonferenz erfolglos bleiben mußte, weil die Regierung keine neue Idee, keine Initiative, keine Energie in der Beilegung des Sprachenstreits entwickelt habe. Die in dem Blatte *Narodni Listy* erschienene — einem an dem Landsmannminister Rezek begangnen Vertrauensmißbrauch zu verdankende — Enthüllung über den Sprachengesetzentwurf des Ministers Körber gab dem Antragsteller die Handhabe, die darin enthaltenen Grundsätze für unannehmbar zu erklären und sich ebenso gegen den in den Konferenzen vorgelegten Abgrenzungsplan auch im Namen seiner politischen Freunde auszusprechen. Die in § 19 des Staatsgrundgesetzes ausgesprochne Gleichberechtigung aller Stämme und Sprachen wird nun aber von den Tschechen anders aufgefaßt und gedeutet als von den Deutschen. Die Deutschen stützen sich auf die grundgesetzliche Bestimmung, daß niemand zur Erlernung einer Sprache gezwungen werden kann, und verwerfen die von Pacak abermals aufgestellte Forderung, daß jeder Beamte in Böhmen beider Landessprachen mächtig sein müsse. Ebenso entschieden bekämpfen dagegen die Tschechen die von deutscher Seite geforderte Abgrenzung in ein deutsches und ein tschechisches Sprachgebiet, in deren jedem die Minderheit denselben Schutz genießen würde, und die Teilung der Oberbehörden nach Sprachen. In den gemischten Bezirken wollen die Deutschen die Zweisprachigkeit der Behörden zugeben. Diese schieflich=friedliche Lösung würde der Gleichberechtigung vollkommen Genüge thun. Das Tschechentum nennt sie aber Landeszerreißung, und mit diesem Schlagwort entflammt es sein historisches Staatsbewußtsein. Eines seiner Hauptmotive hat Pacak in den Worten ausgesprochen, die Deutschen müßten endlich ihre Superioritätsgelüste aufgeben und sich dessen bewußt werden, daß beide Nationalitäten Böhmens gleichwertig seien. Diese immer wieder betonte Gleichwertigkeit ist nur ein anderer Ausdruck für die nationale Eitelkeit. Diese Eitelkeit erlaubte den Tschechen auch nicht die Anerkennung des Deutschen als Staats- oder Vermittlungssprache. „Wir wollen keine Nation zweiter Ordnung sein, wir wollen *paros inter*

paros sein.“ „Unterwerfen werden wir uns nicht.“ Und die für die praktische Politik hieraus gezogene Folgerung lautet: „Entweder wird uns das zurückgegeben, was uns »rechtswidrig« (von Clary) genommen worden ist (nämlich die als bloße Vollzugsverordnung bezeichnete Badenische Sprachenverordnung oder ihr wesentlicher Inhalt, die innere tschechische Dienstsprache), oder kein Ausgleich!“

In zahlreichen Wählerversammlungen, die die namhaftesten Abgeordneten abgehalten haben, um den von den Radikalen gegen sie erhobnen Vorwürfen entgegenzutreten, genauer genommen, um der radikalen Strömung aus Sorge für die bedrohten Mandate nachzugeben, wurde dann der Verzicht auf einen Ausgleich, über den sich die Deutschen und der österreichische Staat nicht weiter zu beunruhigen brauchten, deutlich in eine Drohung mit weiterer Obstruktion, also mit Lähmung der Thätigkeit des Parlaments, umgewandelt. Ein Ausgleich, wie ihn der tschechische Größenwahn fordert, sollte sonach auf diesem Wege erzwungen werden, und wenn darüber in Österreich das Chaos hereinbräche.

Vergebens warteten die besonnenern Elemente vor der Anwendung dieser zweischneidigen Waffe. Vergebens tauschten im mährischen Landtag die Führer der Deutschen und Tschechen, Dr. Funke und Dr. Zaczel, versöhnliche Reden aus. Vergebens erhoben die Organe der übrigen Mehrheitsparteien ihre Stimmen gegen eine etwaige Obstruktion. Unmittelbar vor dem Beginne der Reichsratsitzungen beschloß der jungtschechische Klub trotz der dringenden Abmahnungen von Abgesandten seiner nächsten Bundesgenossen, der feudalen Grundbesitzer, mit 34 gegen 18 Stimmen bei 8 Enthaltungen das Eintreten in die Obstruktion und setzte damit in der ersten Sitzung ein, obwohl Minister Körber Gesekentwürfe über die Sprache der Behörden in Böhmen und Mähren und über die Einteilung Böhmens in zehn Kreise (fünf rein tschechische, drei rein deutsche und zwei gemischte) vorlegte und in einer vorztrefflichen Rede begründete.

Mit diesem Entschluß hatten sich nun die Tschechen im Reichsrate vollständig isoliert. Denn weder die Polen noch die Slowenen wollen ihnen mehr die Kastanien aus dem Feuer holen und auf die Vorteile verzichten, die ihren Wahlkreisen die vom Ministerium schon vor der Tagung der Landtage eingereichte Vorlage eines Investitionsanlehns bieten würde. Daß sich hauptsächlich gegen dieses sowie gegen die Bewilligung eines weitem Budgetprovisoriums die Obstruktion richten sollte, war in den tschechischen Wählerversammlungen schon angekündigt worden.

Nun ist allerdings kein Zweifel, daß sich die Obstruktion der sechzig Tschechen keineswegs mit der der hundertzwanzig Deutschen gegen Baden und Thun an Wirksamkeit messen kann, und es wurden begründete Zweifel erhoben, ob den rand- und bandlosen Tschechen ihr Unternehmen auf die Dauer gelingen werde, da sie ja in Wien nicht wie in Prag die Rückendeckung der Straße haben, sondern auf feindselige Kundgebungen aus den Kreisen der Wiener Bevölkerung gefaßt sein mußten. Auch im Reichsrate selbst mußten sie eine solche der Galerie des Abgeordnetenhauses über sich ergehen lassen und waren scharfen Anrempfungen der in ihren Gefühls- und Meinungsäußerungen bekanntlich wenig wählerischen Christlich-Sozialen ausgesetzt, sodaß sie in der nächsten Sitzung den Schutz des Präsidiums anriefen. Nun sieht es aber mit der jungtschechischen Einigkeit im eignen Lager sehr windig aus. Der Obmann des Klubs, Dr. Engel, hat auf das entschiedenste von der Obstruktion abgemahnt, und als er in der Minorität blieb, die Obmannstelle niedergelegt. Man sprach dann einige Zeit von dem bevorstehenden Austritt der Minderheit, die sich jedoch vorläufig fügte.

Der schließliche Erfolg der Obstruktion, der ein zweifacher sein, nämlich entweder zum Rücktritt des Kabinetts Körber oder zur Auflösung des Reichsrats führen kann, hängt von den Parteien der Rechten, von den bisherigen Bundesgenossen

der Tschechen ab. Deren Resolutionen konnte man nicht ohne weiteres trauen, denn an solchen hat es auch vor dem Sturze Clarys nicht gefehlt, und doch hat sich die jungtschechische Obstruktion damals einer wohlwollenden Duldung, wenn nicht Förderung durch die Parteien der Rechten zu erfreuen gehabt. Dieses Doppelspiel mutete man insbesondere dem feudalen Grundbesitz zu, so wie man auch von den galizischen Stancziken weiß, daß sie um keinen Preis das slawisch-kerikal-feudale Bündnis aufgeben möchten. Eine etwas entschiednere Abwendung wird von den Kerikalen erwartet. Direkte Genossenschaft in der Obstruktion haben den Jungtschechen nur einige Kroaten geleistet, was an ihrer Ffolterung wenig ändert. Da zur Stellung gewisser Anträge die Zahl 50 genügt, sind die 61 Jungtschechen instande, den Mißbrauch der Tagesordnung, den sie sich nun einmal aus Trotz in den Kopf gesetzt haben, auch ohne fremde Hilfe durchzuführen. Dem Antrage des Kerikalen Rathrein auf Entsendung eines Ausschusses zur Abänderung der Tagesordnung wollte die deutsche Opposition nicht zustimmen, weil sie ihrem rühmlichen Kampfe gegen die Lex Falkenhayn nicht selbst nachträglich die moralische Berechtigung entziehen kann. Sie überläßt es vielmehr den übrigen Parteien der Rechten, die Jungtschechen wieder zur Vernunft zu bringen. Das Exekutivkomitee der Rechten trat auch alsbald zu einer langen Beratung zusammen, um über die Möglichkeiten eines Kompromisses zu verhandeln, jedoch ohne Erfolg. Und nachdem das Abgeordnetenhaus nur drei Sitzungen gehalten hatte, von denen die letzte wegen Beschlußunfähigkeit geschlossen werden mußte, wurde abermals eine achttägige Sitzungspause beschlossen, weil die Delegationen in Budapest zusammentraten. Übrigens schalteten die Tschechen manche Verhandlungsgegenstände aus der Obstruktion aus. So haben sie unter ausdrücklicher Verwahrung gegen ein daraus zu folgerndes Präjudiz die Abhaltung einer besondern Abend Sitzung zur Vornahme der Wahl der Quotendputation zugelassen, offenbar um die Krone, die über die Aufrechthaltung der dualistischen Beziehungen zu Ungarn mit besondrer Empfindlichkeit wacht, nicht gegen sich aufzubringen. Inzwischen wurde in Böhmen von radikaler Seite ein Entrüstungszummel gegen die kbrberischen Sprachgesetzentwürfe veranstaltet und von jungtschechischer Seite mitgemacht. Ebenso verkünden aber auch die Deutschradikalen die Unannehmbarkeit der allerdings vom Ministerpräsidenten selbst als abänderungsfähig bezeichneten Vorlagen, solange nicht die deutsche Staatsprache gesetzlich festgesetzt ist. Unter den bestehenden parlamentarischen Verhältnissen muß aber jedermann die Undurchführbarkeit dieser Forderung erkennen.

Die Hoffnung, daß während der für die Delegationsverhandlungen bestimmten achttägigen Pause die in Pest versammelten österreichischen Parteiführer die Jungtschechen zum Aufgeben ihrer Obstruktionstaktik bestimmen würden, fand keine Erfüllung, und so mußte im voraus mit der Lähmung des Reichsrats nach dessen Wiederzusammentritt gerechnet werden. Das Ministerium mußte schon damals, wenn es nicht den Platz räumen wollte, dem Gedanken an eine Auflösung des Abgeordnetenhauses näher treten. Allerdings konnte an die Ausführung nicht früher gegangen werden, als bis die Delegationen ihre Arbeit gethan hatten. In dieser Zeit mußte es sich entscheiden, ob auch die ernste Mahnung, die der Kaiser beim Empfange der Delegationen an die Jungtschechen gerichtet hatte, fruchtlos bleiben würde. Freilich wurde es allgemein angenommen, weil angeblich die tschechischen Abgeordneten von einer Auflösung des Hauses und einer Neuwahl eine Stärkung ihrer Stellung gegenüber den Radikalen erwarten und nur die Polen und Deutschliberalen eine Anzahl von Mandaten zu verlieren fürchten. Gerade darum giebt man sich Mühe, eine Auflösung zu verhindern. Kommt es doch dazu, so hat äußerlich die jungtschechische Obstruktion einen Sieg errungen, der aber dann mit dem Zerfalle der Majorität bezahlt worden ist, deren übrige Parteien in diesem Falle die tschechische Rücksichtslosigkeit endlich selbst erfahren hätten. Ohne den Rückhalt an

den autonomistischen Bundesgenossen, die den Grafen Badeni erst in seine verhängnisvolle Sprachenverordnungs politik gedrängt haben, können nun aber die Tschechen ihr Ziel nicht erreichen, ihre Obstruktion als ebenso wirksam zu erweisen, wie es die der Deutschen war.

Ob sich dann die blasse Furcht, die Mandate an die Radikalen zu verlieren, nicht als schlechter Ratgeber erwiesen haben wird, muß eben abgewartet werden. Die Tschechen fühlen selbst, daß sie ein sehr gewagtes Spiel spielen, und würden ja nichts lieber thun, als die Obstruktion aufgeben, wenn dazu eine Abänderung der Geschäftsordnung durchgesetzt werden könnte, die den in der Opposition stehenden Deutschen das Betreten des Obstruktionsweges in Zukunft ebenfalls unmöglich machen würde. Diese aber bieten zu solcher Politik des momentanen Nutzens nicht ihre Hand.

Die eindringlichen Ermahnungen des geliebten Obmannes des Polenklubs, des Abgeordneten Javorzki, im Interesse der Erhaltung der Majorität der Rechten von der Obstruktion abzustehn, waren diesmal durchaus nicht Komödie wie in frühern Fällen. Die abermalige Vertagung des Reichsrats ließ den Tschechen genügend Zeit, ihren Entschluß reiflich zu überlegen. Aber sie glaubten auch die Christlich-Sozialen auf später vertrösten zu können, die von ihren frühern Bundesgenossen die Ausschaltung der ihnen sehr am Herzen liegenden Gewerbeordnungsnovelle aus der Obstruktion forderten, was die Sozialdemokraten wegen des Gesetzeswurfs über den neunstündigen Arbeitstag thun.

Scheinbar waren wohl die Tschechen die Herren der parlamentarischen Lage. Aber auch nur scheinbar. Denn in ihren eignen Wählerkreisen bricht sich die Erkenntnis Bahn, daß die Obstruktion eines beträchtlichen Teiles der Mehrheit nicht, wie einst bei der deutschen Minderheit, die Berechtigung der äußersten Notwehr hat, sondern ganz mißbräuchlich angewandt wird, lediglich um nicht von den Radikalen überboten und bei der nächsten Wahl in der Glühitze des nationalen Fanatismus der Mandate beraubt zu werden. Die Verschönerung des Wohlwollens der Krone dürfte den politisch denkenden Kreisen des tschechischen Volkes doch auch nichts weniger als gleichgiltig sein, der Ausfall von Neuwahlen gegenüber dem Einfluß einer zwar peinlich unparteiischen, aber an die äußerste Grenze ihrer Geduld gedrängten Regierung auch gar nicht sicher erscheinen. Daß bei solcher Mißachtung der wichtigsten wirtschaftlichen Interessen der Alpenländer und Galiziens, die durch die von Dr. Körber eingereichte Investitionsvorlage Befriedigung finden sollen, auch die slawische Solidarität einen schwer heilbaren Riß bekommen würde, und vollends die katholische Volkspartei sich von der Mehrheit, diesem bisherigen wirksamsten Mittel zur Erfüllung der tschechischen Wünsche, loszusagen müßte, ist gewiß von der gegen ihre Überzeugung zur Teilnahme an der Obstruktion gezwungenen Minderheit des Jungtschechenklubs geltend gemacht worden. Allein die dem Kommando von Dr. Stranzky und Dr. Pacak folgenden und unbewußt nur dem Ehrgeiz und dem Rachegefühl des gewesenen Finanzministers Dr. Raizl dienenden jungtschechischen Hitzköpfe sind in eine Sackgasse geraten, aus der sie ohne tiefe Schädigung ihres politischen Ansehens den Weg nicht finden können.

Der Obmann des Exekutivkomitees der Rechten war schließlich genötigt, als beim Wiederzusammentritt des Reichsrats nach Pfingsten die Jungtschechen trotz aller Abmahnungen die Obstruktion fortsetzten, die bisherige Reichsratsmajorität für aufgelöst zu erklären. Wohl lehnten die feudalen böhmischen Großgrundbesitzer und der Südslawische Klub jede schroffe Bekämpfung der bisherigen Bundesgenossen ab, und auch der rechte Flügel der Slawen unter Führung Baron Dipaulis wollte sich nur an Maßregeln gegen jede Obstruktion, nicht aber an der Niederwerfung der jungtschechischen allein beteiligen. Jedoch vereinigten sich die Polen,

Amerikalen, Rumänen, Ruthenen und Italiener mit allen deutschen Oppositionsparteien zu einer sogenannten Tagesordnungsmajorität mit dem nächstliegenden gemeinsamen Zweck, die parlamentarische Bewilligung des Budgetprovisoriums unter Anwendung aller geschäftsordnungsmäßig erlaubten Mittel durchzusetzen. Damit war die Beseitigung des größten Hindernisses konstitutioneller Gesundung, der feudal-amerikal-slawischen Mehrheit, des vom Grafen Taaffe geschmiedeten und unter dem Regiment Badenis gegen dessen Willen neu aufgelebten eisernen Ringes besiegelt. Die den Tschechen am nächsten stehenden böhmischen feudalen Großgrundbesitzer und Südslaven schlossen sich mit der kleinen Zentrumsgruppe zu einem engern Verbande zusammen, worin der frühere Hohenwartklub seine Auferstehung feiert.

So schien die Hoffnung gerechtfertigt, daß mit Ausdauer die Obstruktion der vollständig isolierten sechzig Jungtschechen ohne Verletzung der Geschäftsordnung niedergerungen werden würde. Zu dieser Wendung hatte wohl neben den Äußerungen des Kaisers über die parlamentarischen Skandale, „die Österreich zum Gespötte der Welt machen,“ am meisten die Rede des Ministerpräsidenten Körber beigetragen, worin nicht bloß auf die unabweiskbare abermalige Anwendung des § 14 zur Befriedigung der dringendsten Staatsnotwendigkeiten, sondern auch auf eine Auflösung des Reichsrats verständlich hingewiesen war. Der „Antiobstruktionsrat“ der arbeitswilligen Reichsratsfraktionen schien zum Krystallisationspunkt einer ganz neuen Parteikonstellation werden zu wollen, durch die dem Ministerium Körber eine Wiederherstellung normaler Verhältnisse in Österreich, die Herbeiführung besserer Beziehungen zwischen Tschechen und Deutschen wesentlich erleichtert werden würde.

Ein unscheinbarer Vorfall hat gewissermaßen über Nacht die Sachlage wieder vollständig verändert und den Tschechen einen von ihnen selbst nicht geahnten Augenblickserfolg gebracht, der sich freilich leicht in sein Gegenteil umkehren kann.

In der Sitzung vom 8. Juni beantragte ein jungtschechischer Abgeordneter, die vom Notstandsausschuß beschlossenen Anträge noch in derselben Sitzung dringlich in Beratung zu ziehen. Das Haus stimmte zu und nahm die Anträge an, was den Abgeordneten Zellinger veranlaßte, den Antrag zu stellen, es möge die in einer frühern Sitzung unterbrochne Verhandlung der Gewerbenovelle beendet werden. Als Präsident Fuchs hierüber abstimmen lassen wollte, protestierten hiergegen die Jungtschechen als gegen eine Verletzung der Geschäftsordnung und kündigten sofort die Anwendung der äußersten Mittel an. Die Absicht des Präsidenten, trotzdem zur Abstimmung zu schreiten, verhinderten sie durch einen wüsten Spektakel, durch Lärmen mit den Pultdeckeln und Pultschubladen, Pfeifen und Singen, schließlich mit Rindertrompeten, metallnen Topfdeckeln und Wassertassen, Mundharmonikas, Tamtams. Nach einem zweistündigen Ministerrate fuhr Ministerpräsident Körber nach Schönbrunn, um dem Kaiser Bericht zu erstatten, den er jedoch nicht aus dem Schlafe wecken lassen wollte. Inzwischen kam es zu Zusammenstößen zwischen Tschechen und Christlichsozialen. Der Zehnerausschuß der arbeitswilligen Parteien beriet über das einzuschlagende Vorgehn. Dem christlichsozialen Verlangen, trotz des Lärms die Abstimmung vorzunehmen, widersetzten sich die andern deutschen Parteien, ebenso jeder Bekämpfung der gewaltthätigen Obstruktion durch einen Bruch der Geschäftsordnung. Die Feudalen beschworen den Ministerpräsidenten, das Haus zu vertagen, weil es sonst zu Blutvergießen kommen könnte. Gegen Mitternacht entschied sich der Ministerrat für sofortige Schließung der Session, der Minister fuhr abermals nach Schönbrunn, erstattete dem Kaiser, der nun geweckt wurde, Vortrag und kam mit der unterschriebnen allerhöchsten Entschließung ins Parlament zurück.

Erst als er auf seinem Platze stand, wurde es still, und er konnte die Session für geschlossen erklären. Die Tschechen ließen einen kurzen Beifallsruf ertönen, glaubten sie doch einen Sieg errungen zu haben.

Als eine Maßregel der öffentlichen Ordnung wird die Schließung des Reichsrats indes nur der Vorläufer weiterer politischer Maßnahmen sein, die der Regierung eben aufgedrängt worden sind.

Man zweifelt nicht an der baldigen Auflösung des Abgeordnetenhauses und an dem Versuche, die Lösung der Sprachenfrage auf Grund des Notverordnungsparagraphen 14 in der nächsten Zeit zu unternehmen.

Die deutschen Parteien sind über das Zurückweichen der Regierung vor der tschechischen Obstruktion verstimmt, obwohl sich deren Führer nach der auf diese Weise erlangten Satisfaktion einer Verständigung mit den Deutschen geneigter zeigen. Alle Parlamentsparteien, am mißmutigsten die Polen, fangen schon an, sich zu den auf die Auflösung folgenden Neuwahlen zu rüsten.



## Maßgebliches und Unmaßgebliches

Georg Brandes und die deutsche Sprache. Der „berühmte“ Litterarhistoriker hielt Ende März in Pest einen Vortrag über Ibsen und wurde, wie es bisweilen geht, in überraschendster Weise um ein gut Stück bekannter, als er wohl selbst gewünscht hatte. Das verschuldete zwar nicht so sehr sein Vortrag und dessen Inhalt, als vielmehr die Einleitungsworte, die er zu der versammelten Zuhörerschaft sprechen zu müssen geglaubt hatte. Er redete nämlich über sein Verhältnis zu der Sprache, in der er sich mit den Erschienenen verständigen sollte, in einer Weise, die es wohl mit veranlaßt haben mag, daß die deutschgeschriebenen Blätter der ungarischen Hauptstadt darüber weghuschten und es den magyarischen überließen, von dem besondern Kunststück des Herrn G. Brandes zu berichten. „Der beste Litteraturkenner unsrer Zeit und besonders des deutschen Volks,“ der, wie nicht ohne Seitenblick von den Zeitungen verkündet wurde, ein — Däne sei, führte sich nämlich (vgl. *Badapesti Napló*, 1. April 1900) auf folgende Weise bei seinem Zuhörerkreise ein: „Meine Damen und Herren! Die Sprache, in der ich zu Ihnen rede, ist nicht die Ihre und nicht die meine. Ich bekenne offen, daß ich die deutsche Sprache nicht sehr liebe, und ich weiß, daß sie auch bei Ihnen nicht sehr beliebt ist: doch was ist zu machen? Die Hauptsache ist denn doch, daß wir uns verständigen. Ich habe das Deutsche erst in meinem dreißigsten Jahre erlernt, und obwohl ich es vollkommen beherrsche, so ist meine Aussprache dennoch eine mangelhafte. Es ist also nicht Phrasé, wenn ich Sie um Nachsicht bitte!“

Diese Worte, die von einem deutschen Blatte aus dem engen Winkel magyarischer Zeitungen herausgegriffen wurden, verschlten nicht, in verschiedensten Kreisen berechtigtes Aufsehen zu erregen, und bald kam es zu ernstern, scharfen Tadelsworten gegen den „berühmten Mann,“ der sich in so glatter Selbstverständlichkeit auf dem gemeinsamen Boden der Antipathie gegen die deutsche Sprache mit seinen Zuhörern zurecht finden konnte. Denn da es klar war, daß der Vortragende weder dänisch, noch magyarisch, noch französisch sprechen durfte, weil man sich ja verständigen wollte, da es ferner nach den eignen Worten des dänischen Professors